



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Gülseren Demirel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 25.09.2025

Zusammenarbeit mit [REDACTED] und dessen Tochtergesellschaften [REDACTED] und [REDACTED] bei der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung in Bayern

Im Zuge vermehrter Bürgeranfragen zur Unterbringungssituation von Geflüchteten in Bayern habe ich mich näher mit dem Betrieb entsprechender Einrichtungen durch privatwirtschaftliche Dienstleister, insbesondere [REDACTED] und dessen Tochtergesellschaften [REDACTED] und [REDACTED], befasst. Die Erkenntnisse aus Berichten, Expertengesprächen und Recherchen haben verschiedene Fragen aufgeworfen, die ich der Staatsregierung gerne stellen und damit zugleich eine Überprüfung der aktuellen Praxis anregen möchte.

Offenbar führt die gegenwärtige Vergabep Praxis zu einer zunehmenden Marktkonzentration. Bei Ausschreibungen erhalten immer häufiger Unternehmen der genannten Gruppe den Zuschlag. Öffentliche Betreiberübersichten fehlen, Beschwerden und Mangelvorfälle werden weder nach Einrichtungen noch Betreibenden systematisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht. Verschwiegenheitserklärungen für Mitarbeitende behindern unabhängige Aufklärung zusätzlich. Die Transparenz in diesem Bereich erscheint daher als gering.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Zusammenarbeit mit [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED]? 3
- 1.2 Welche Maßnahmen setzt die Staatsregierung um, um Transparenz in diesem Bereich zu schaffen? 3
- 1.3 Wie hoch ist der Anteil von [REDACTED]-Unternehmen an den landeseigenen Unterkünften (bitte um eine Übersicht aufgeschlüsselt nach Unterkunft, Betreibenden und Vertragsbeginn)? 3
- 2.1 Nach welchen Verfahren und Kriterien erfolgen die Vergaben? 3
- 2.2 Wie werden die Kriterien gewichtet, insbesondere hinsichtlich Preis und Qualität? 3
- 2.3 Wie viele Angebote werden durchschnittlich auf eine Ausschreibung abgegeben? 3
- 3.1 Wer waren zuletzt die Mitbewerbenden? 3
- 3.2 Warum erhielt [REDACTED] den Zuschlag? 3

3.3	Welche Qualitätssicherungsaufgaben gelten vertraglich (bitte die Art, Häufigkeit und die flächendeckende Kontrolle der Einhaltung auflisten)?	3
4.1	Wie viele Mängelberichte und Beschwerden wurden in den letzten Jahren zu [REDACTED]-Unternehmen erfasst (bitte um Aufschlüsselung nach Unterkunft, Betreibenden und konkreter Beschwerde oder Mangel)?	3
4.2	Wie ist das Beschwerdemanagement organisiert (bitte die Sicherstellung angeben, dass Beschwerden die tatsächliche Situation abbilden, gerade in Anbetracht der oftmals prekären Lage und begrenzten Handlungsmöglichkeiten von Geflüchteten)?	3
4.3	Liegen der Staatsregierung Informationen zu Gewinnmargen von [REDACTED] und seinen Tochtergesellschaften vor (bitte mit Angabe, wo ggf. Einsicht erlangt werden kann)?	3
5.1	Falls der Staatsregierung keine Informationen vorliegen, warum wurden diese nicht erhoben?	4
5.2	Wie bewertet die Staatsregierung die Möglichkeit, in diesem Bereich derart hohe Margen erzielen zu können?	4
5.3	Wurde nach dem Todesfall in Berlin auch in Bayern eine Überprüfung der Verträge und Zustände vorgenommen (bei nein, bitte begründen; bei ja, bitte die genauen Maßnahmen erläutern)?	4
6.1	Hält die Staatsregierung Vergaben an ein internationales Großunternehmen für vereinbar mit dem Ziel der EU-Richtlinie 2014/2024/EU, KMU stärker zu beteiligen?	4
6.2	Inwieweit tragen Vergaben an [REDACTED] zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele (ebenfalls festgehalten in EU-Richtlinie 2014/2024/EU) und sozialverträglicher Politik bei?	4
6.3	Sieht die Staatsregierung angesichts der Marktsituation politischen Steuerungsbedarf?	4
7.1	Wie plant sie hier abzuhelpen?	4
7.2	Wie bewertet sie die dezentrale Unterbringung hinsichtlich Kosten und Integrationsleistung?	4
7.3	Liegen dazu eigene Zahlen oder Gutachten vor (wenn ja, bitte der Antwort hinzufügen)?	4
	Hinweise des Landtagsamts	6

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
vom 30.10.2025

- 1.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Zusammenarbeit mit [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED]?
- 1.2 Welche Maßnahmen setzt die Staatsregierung um, um Transparenz in diesem Bereich zu schaffen?
- 1.3 Wie hoch ist der Anteil von [REDACTED]-Unternehmen an den landeseigenen Unterkünften (bitte um eine Übersicht aufgeschlüsselt nach Unterkunft, Betreibenden und Vertragsbeginn)?
 - 2.1 Nach welchen Verfahren und Kriterien erfolgen die Vergaben?
 - 2.2 Wie werden die Kriterien gewichtet, insbesondere hinsichtlich Preis und Qualität?
 - 2.3 Wie viele Angebote werden durchschnittlich auf eine Ausschreibung abgegeben?
- 3.1 Wer waren zuletzt die Mitbewerbenden?
- 3.2 Warum erhielt [REDACTED] den Zuschlag?
- 3.3 Welche Qualitätssicherungsaufgaben gelten vertraglich (bitte die Art, Häufigkeit und die flächendeckende Kontrolle der Einhaltung auflisten)?
 - 4.1 Wie viele Mängelberichte und Beschwerden wurden in den letzten Jahren zu [REDACTED]-Unternehmen erfasst (bitte um Aufschlüsselung nach Unterkunft, Betreibenden und konkreter Beschwerde oder Mangel)?
 - 4.2 Wie ist das Beschwerdemanagement organisiert (bitte die Sicherstellung angeben, dass Beschwerden die tatsächliche Situation abbilden, gerade in Anbetracht der oftmals prekären Lage und begrenzten Handlungsmöglichkeiten von Geflüchteten)?
 - 4.3 Liegen der Staatsregierung Informationen zu Gewinnmargen von [REDACTED] und seinen Tochtergesellschaften vor (bitte mit Angabe, wo ggf. Einsicht erlangt werden kann)?

-
- 5.1 Falls der Staatsregierung keine Informationen vorliegen, warum wurden diese nicht erhoben?**
- 5.2 Wie bewertet die Staatsregierung die Möglichkeit, in diesem Bereich derart hohe Margen erzielen zu können?**
- 5.3 Wurde nach dem Todesfall in Berlin auch in Bayern eine Überprüfung der Verträge und Zustände vorgenommen (bei nein, bitte begründen; bei ja, bitte die genauen Maßnahmen erläutern)?**
- 6.1 Hält die Staatsregierung Vergaben an ein internationales Großunternehmen für vereinbar mit dem Ziel der EU-Richtlinie 2014/2024/EU, KMU stärker zu beteiligen?**
- 6.2 Inwieweit tragen Vergaben an [REDACTED] zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele (ebenfalls festgehalten in EU-Richtlinie 2014/2024/EU) und sozialverträglicher Politik bei?**
- 6.3 Sieht die Staatsregierung angesichts der Marktsituation politischen Steuerungsbedarf?**
- 7.1 Wie plant sie hier abzuhelpen?**
- 7.2 Wie bewertet sie die dezentrale Unterbringung hinsichtlich Kosten und Integrationsleistung?**
- 7.3 Liegen dazu eigene Zahlen oder Gutachten vor (wenn ja, bitte der Antwort hinzufügen)?**

Die Fragen 1.1 bis 7.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Unterbringung von Asylbewerbern ist in Bayern eine staatliche Aufgabe, die gemäß § 5 Abs. 1 und 2 Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) von den Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden wahrgenommen wird. Diese entscheiden nach den örtlichen Gegebenheiten (Art der Unterkunft, Größe etc.) im Rahmen der haushaltsrechtlichen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit selbstständig über die Ausgestaltung des Betriebs (Einsatz eines externen Dienstleisters oder Betrieb mit eigenem Personal). Bei der Vergabe etwaiger Aufträge sind sie dabei an Recht und Gesetz gebunden, was insbesondere auch die Einhaltung des nationalen sowie europäischen Vergaberechts umfasst.

Bayernweit existieren derzeit (Stand: 01.10.2025) rund 7 000 reguläre Asylunterkünfte (ANKER-Einrichtungen inkl. Dependancen, Gemeinschaftsunterkünfte sowie dezentrale Unterkünfte). Es werden seitens des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration keine Daten betreffend die durchgeführten Vergabeverfahren oder betreffend die für den Betrieb der Unterkünfte von den zuständigen Behörden beauftragten Dienstleister statistisch erfasst. Aufgrund der Vielzahl der Unterkünfte können diese Daten auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des parlamentari-

schen Fragerechts (Art. 13 Abs. 2, 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung) in der für die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht mit verhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erhoben und entsprechend der umfangreichen Fragestellungen ausgewertet werden.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.